

STELLUNGNAHME zum Antrag CDU-Gemeinderatsfraktion vom: 01.08.2007 eingegangen: 01.08.2007	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	43. Plenarsitzung des Gemeinderates 16.10.2007 1143 13 öffentlich Dez. 3
Konzept zur pädagogischen Arbeit		

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Aufgrund des Antrags der CDU-Gemeinderatsfraktion wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von Schul- und Sportamt, Personal- und Organisationsamt, Stadtjugendausschuss e. V. und Sozial- und Jugendbehörde eingesetzt, die ein entsprechendes Konzept erarbeiten soll. Über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wird im Jugendhilfeausschuss und Schulbeirat berichtet.

Finanzielle Auswirkungen nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>			
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition: Ergänzende Erläuterungen:			
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Der Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion war Anlass für die Bildung einer Arbeitsgruppe mit Vertretern von Schul- und Sportamt, Personal- und Organisationsamt, Stadtjugendausschuss e. V. und Sozial- und Jugendbehörde. In Karlsruhe gibt es eine Vielzahl von Betreuungsangeboten (sowohl am Nachmittag als auch während der Ferien), die von den verschiedensten Einrichtungen angeboten werden. Diese Vielfalt ermöglicht auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnittene Angebote, andererseits führt sie jedoch auch dazu, dass es den „Kunden“ schwerfällt, einen vollständigen Überblick zu erhalten.

Als erste Maßnahme zur Verbesserung dieser Situation wird das Bürgermeisteramt noch im Herbst dieses Jahres die Broschüre „Schulische Bildung und Betreuungsangebote“ veröffentlichen, die bei den bekannten Stellen (Rathaus, Bürgerbüros, Ortsverwaltungen, Schulen, Jugendtreffs etc.) kostenlos erhältlich ist.

Die Arbeitsgruppe wird sich auch mit der Vernetzung und Strukturierung der Angebote der verschiedenen Träger befassen. Hierzu wird vorgeschlagen, in einem Stadtteil modellhaft zu untersuchen, wie die Kooperation verbessert und die Transparenz erhöht werden kann. Das Bürgermeisteramt schlägt hierfür die Nordstadt vor, die über ein breites Spektrum von Angeboten unterschiedlicher Träger verfügt.

Zu den Möglichkeiten der Wochenendöffnung von Jugendtreffs hat der Stadtjugendausschuss e. V. mitgeteilt, dass von den 30 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit bereits jetzt 15 Einrichtungen regelmäßig Öffnungszeiten am Wochenende anbieten. Die restlichen Einrichtungen führen regelmäßig besondere Aktionen an Wochenenden durch. Bei einer Ausweitung des Angebots wird entweder zusätzliches Personal benötigt oder es müssten Einschränkungen bei Angeboten für andere Zielgruppen erfolgen. Nach einer überschlägigen Berechnung bedingt eine Ausweitung der Kapazitäten um acht Wochenstunden für die erweiterte Wochenendöffnung stadtweit ca. 15 zusätzliche Stellen. Auch diese Thematik wird von der genannten Arbeitsgruppe vertieft bearbeitet.

Über die Ergebnisse der AG wird im ersten Halbjahr 2008 im Jugendhilfeausschuss und Schulbeirat berichtet.